

Der Klimawandel und seine katastrophalen Folgen

☒ Die Dezemberhitze ist kaum noch auszuhalten. Wer sich ordnungsliebend gemäß Kalender in Winterkleidung einmümmelt bei Frühlingstemperaturen, kommt derzeit ganz schön ins Schwitzen. Dem Klimadurchschnitt zum Trotz ist jetzt Flexibilität gefragt. Der Löwenzahn macht's richtig und blüht gänzlich undogmatisch auf im spätherbstlichen Vorfrühling obwohl es klimastatistisch schneien müsste. Ordnung muß sein. Vor allem beim Wetter. Auf Abweichungen vom langjährigen Temperaturmittel (das praktisch nie nachgebildet wird, sonst wäre es kein Mittelwert) reagiert nicht nur die Angstpsyche Klimabesorgter mit Schweißausbrüchen im Winter.

Auch dem Einzelhandel schlägt es [Temperatur-Haben](#) buchhalterisch ins Soll, weil Winterbekleidung vom schwitzenden Konsumenten eiskalt ignoriert wird. Vermeldeten die GEZ-Nachrichten vorgestern. Zum Glück wirkt die Bundesregierung dem chaotischen Temperaturanstieg mittels Mehrwertsteuererhöhung auf satte 19 Grad, äh, Prozent, lindernd entgegen und [heizt das Konsumklima kräftig an](#).

Jeder Klimawandel produziert natürlich Klimaverlierer. Wenn es im Sommer beinah schneit wie Anfang Juni, gehen Badehosenhersteller und Speiseeisproduzenten massenhaft Pleite. Umgekehrt bleibt bei Schneemangel im Wintersportgebiet der [Glühwein kalt](#), ☒ und in Ermangelung von flächendeckendem Glatteis und rutschigem Schneematsch schlittern Unfallchirurgen sowie deren Zulieferindustrie in die Rezession. Rund um den orthopädischen Bedarf (Krückenhersteller, Beinschienenproduzenten, Gipsbindenfabrikanten) fordert der Klimawandel seine Opfer, wenn das Wetter weiterhin so wenig unfallträchtig bleibt. Grade alte, frakturfreudige Menschen fungieren im naßkalten


Winter als solide Stützen der Gesundheitsindustrie. Weniger Unfallverletzte im Winter bedeuten unzureichende Auslastung teurer Kernspintomographen, arbeitsloses Pflegepersonal, usw. Diese Folgekosten der Klimakatastrophe fließen ein in die globale Umweltschadensbilanz, die sich schon jetzt [exakt auf 3,68 Billionen](#) Britische Pfund beziffern lässt. Kein Wunder fühlt sich die deutsche [Bevölkerung vom Klimawandel bedroht](#), wenn im milden Winter das Unfallrisiko derart drastisch abnimmt:



Künftiger Klimawandel-Verlierer:

Der Unfallchirurg

Moslemischer Judenhass – endlich ein Thema in den Medien

 Vor zwei Tagen wagten zwei Zeitungen aus dem Hause Springer, *Welt* und *Berliner Morgenpost*, die [Veröffentlichung eines Beitrags](#) zum Thema islamischer Antisemitismus – ein Tabuthema in Deutschland. Denn bei uns hat Antisemitismus [ausschließlich von deutschen Skinheads](#) zu kommen.

Dann wird er auch scharf verurteilt, niemals aber von dunkelhaarigen moslemischen Menschen mit Migrationshintergrund. Dieser Antisemitismus interessiert schlicht nicht, er wird weggeschwiegen. *PI* berichtete schon mehrfach über dieses Thema, unter anderem [hier](#) und [hier](#). Nun hat auch der *Spiegel* beschlossen, dass nicht länger einfach

geschwiegen werden kann – allerdings nicht, ohne ständig auf den Antisemitismus von Rechtsradikalen hinzuweisen. Okay, das kann man hinnehmen, denn das eine ist nicht weniger ablehnenswert als das andere. Und SpOn traut sich sogar an ein weiteres Tabu heran, nämlich an die Benennung der auch von *PI* [schon mehrfach thematisierten zahlreichen Berührungspunkte](#) zwischen Islam und Rechtsradikalismus.

Bei Rechtsextremen und Islamisten hat das Leugnen des Holocaust Konjunktur. Die Bundeszentrale für politische Bildung will solche Strömungen nicht länger ignorieren. (...) „Es gibt zwei Muster der Infragestellung des Holocaust – den Rechtsextremismus und den Islamismus“, sagt Thomas Krüger, Leiter der Bundeszentrale für politische Bildung. Bemerkenswert sei, dass beide Richtungen sich sukzessive verschränken und immer mehr Berührungspunkte entwickeln würden. „Antisemitismus, Antiamerikanismus und Demokratiefeindlichkeit sind sowohl bei Rechtsextremen und als auch bei Islamisten sehr ausgeprägt“, so Krüger. Wer diese Entwicklungen ignoriere, billige sie stillschweigend, sagt er.

Natürlich ist es Blödsinn, dass sich „immer mehr Berührungspunkte entwickeln“ würden. Die Verbindungen sind [Jahrzehnte alt](#), nur wollte sie niemand wahrhaben. Immerhin ist es ein Fortschritt, dass man dies nun zur Kenntnis zu nehmen gedenkt und sogar darüber spricht. Demnächst wird es zum Thema „Holocaust-Leugnung“ auch eine Konferenz geben, zu der der Leiter der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger, allerdings politisch korrekt erstmal Folgendes zu sagen hat:

„Wir wollen aber keinen falschen Zungenschlag in die Diskussion bekommen. Nicht Muslime leugnen den Holocaust, sondern Islamisten.“

Das verheißt schon mal nichts Gutes. Nun erkennt man gewisse

Zusammenhänge und versucht, sie sogleich wieder zu leugnen und den Islam als solchen schon vorweg in Schutz zu nehmen, indem man eine imaginäre Grenze zwischen dem (guten) Islam und dem (bösen) Islamismus zieht. Außerdem reduziert man das ganze Thema „Antisemitismus“ auf die Leugnung des Holocaust. Es ist ein Trauerspiel, wie hier versucht wird, an der Wahrheit vorbeizuschauen, obwohl sie einem geradezu ins Gesicht springt.

Auch bei den immer häufiger stattfindenden [Übergriffen auf jüdische Jugendliche](#), versucht man bisher konsequent, den Anteil der islamisch motivierten nicht zu erfassen. Rechtsradikal, ja, das weiß man – aber islamisch? Fehlanzeige.

Der Berliner Senat listet in seiner Studie „Gewaltsignale an Berliner Schulen 2004/2005“ unter dem Stichwort „(Rechts-) Extremismus“ 62 gemeldete Vorfälle auf, ein starker Anstieg gegenüber dem Vorjahr, in dem nur 39 Fälle gemeldet wurden. Unter der Kategorie fasst der Senat „antisemitisch, rassistisch/fremdenfeindlich, rechtsextrem, volksverhetzend oder fundamentalistisch/islamistisch motivierte Äußerungen“ von Kindern und Jugendlichen zusammen.

Diese nebelig unklaren Statistiken, Zahlen, die mehr verschweigen, als sie verraten, veranlassten den aus dem Bezirk Spandau stammenden CDU-Politiker Peter Trapp, Abgeordneter im Berliner Abgeordnetenhaus, eine Anfrage zu stellen:

Wie viele derartige Übergriffe unter Jugendlichen gab es jüngst, will Trapp wissen, wie viele davon können „dem rechtsextremen Lager zugeordnet“ werden, wie viele Jugendlichen, „die nicht deutscher Herkunft sind“. Auf seine Anfrage hat der Abgeordnete noch keine Antwort erhalten, die Beantwortungszeit ist nach Angaben der CDU-Fraktion außergewöhnlich lang. (...)

Mal sehen, ob er eine Antwort bekommt!

(Spürnasen: Voltaire, Robin C., Davidson, Confucius)

» *Honestly concerned*: [Arabischer Antisemitismus](#)

CDU fällt Kardinal Meisner in den Rücken

☒ Die multikulturelle Gutmenschlichkeit zieht sich inzwischen wie ein Krebsgeschwür durch Gesellschaft und Parteien und bildet überall Metastasen. Inzwischen ist die islamophile links-grüne Denke die einzige, die überhaupt noch zulässig ist. Diese einzigartige freiwillige Gleichschaltung des Geistes führt dazu, dass gemeinsam auf abweichende Stimmen eingeschlagen werden kann. Jeder will dabeigewesen sein!

Dieses beängstigende Phänomen erlebten wir gerade bei den parteiübergreifenden verbalen Attacken gegen Berlins Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit. Der hatte nämlich gewagt – sicher versehentlich und die Folgen nicht bedenkend – auszusprechen, was jeder weiß, was aber politisch korrekt nicht gesagt werden darf: Eltern, denen die Schulbildung ihrer Kinder am Herzen liegt, können sie in [Kreuzberg nicht zur Schule](#) schicken. Inzwischen hat er sich für soviel Ehrlichkeit selbstverständlich wortreich [entschuldigt](#).

Einen ähnlichen Fall gleichgeschalteter Kritik erleben wir gerade bei der quer durch alle Parteien laufenden Empörung über Kardinal Meisner, der in seinem Bistum völlig zurecht [multireligiöse Gottesdienste verboten](#) hat. Die evangelische Kirche hat kürzlich [genau dasselbe](#) empfohlen, jedoch hält die Kritik sich hier erstaunlicherweise in Grenzen. Was jetzt

wegen Kardinal Meisner anläuft, spottet allerdings jeder Beschreibung. Die Grünen, die die schlimmsten Menschenrechtsverletzungen der Moslems und ihre Parallelgesellschaften als multikulturelles Happening gegen jede Kritik verteidigen wie eine Leopardin ihr Junges, warnen jetzt vor einer „katholischen Parallelgesellschaft“. Politiker aller Parteien stimmen ein und [CDU-Minister Laschet](#) bedient sich dabei sogar des Papstes als Kronzeugen der Anklage. Ein Musterbeispiel für die Gleichschaltung des Denkens:

Das Verbot multireligiöser Gottesdienste für alle katholischen Religionslehrer im Erzbistum Köln hat Proteste ausgelöst. Der nordrhein-westfälische Integrationsminister Armin Laschet (CDU) kritisierte Erzbischof Joachim Kardinal Meisner scharf wegen seiner am Mittwoch erlassenen Richtlinie.

„Mich hat die Türkei-Reise des Papstes sehr beeindruckt. Ich stehe im interreligiösen Miteinander dem Papst näher als Kardinal Meisner. Ich glaube, unsere Zeit braucht nicht weniger, sondern mehr Gemeinsamkeiten zwischen den Religionen“, sagte Laschet gestern auf Anfrage der WELT.

Die Kirchenbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ingrid Fischbach, distanzierte sich ebenfalls. Meisners Verbot sei „nur schwer nachzuvollziehen“, erklärte sie in Berlin. Die Leitlinien der Deutschen Bischofskonferenz zu multireligiösen Feiern sähen solche Veranstaltungen an Schulen ausdrücklich vor und betonten, dass „das multikulturelle Zusammenleben und -arbeiten zum Alltag gehören“.

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Lale Akgün aus Köln attestierte Meisner ein „archaisches Religionsverständnis“. Der Grünen-Fraktionsvize im Landtag NRW, Reiner Priggen, erklärte ironisch: „Herr Kardinal, schmeißen Sie endlich die Heiligen Drei Könige aus dem Dom, und schicken Sie sie zurück in die Wüste – wo sie herkommen.“ Bei ihnen handele es sich „um persische oder chaldäische Sterndeuter – sicher nicht um

katholische Christen“.

Seltsam, seltsam, im Zusammenhang mit dem Islam kommt das Wort „archaisch“ niemals aus grünem Munde. Inzwischen gibt es auch Kritik aus den eigenen Reihen, zum Beispiel findet der Leiter der katholischen Grundschule in Köln-Vingst, Manfred Brodeßer, dass er bei einem Anteil moslemischer Schüler von 50% an seiner Schule ein religiöses Mischmasch zulassen sollte. Er begründet dies auf recht abenteuerliche Weise:

„Muslimische Kinder lernen durch solche Feiern den christlichen Glauben kennen und umgekehrt.“

Inzwischen bekräftigte das Bistum seinen Standpunkt und wiederholte für alle, die nicht lesen und zuhören können, noch einmal:

Die Richtlinie betreffe „ausdrücklich multireligiöse Gottesdienste in Schulen, bezieht sich also nicht grundsätzlich auf alle multireligiösen Feiern.“

Und [der Kardinal erklärt noch einmal](#) für die Langsamdenker:

Christen und Muslime könnten „nicht gemeinsam in einer Feier beten“, sagte Meisner am Freitag (08.12.06) in einem Interview der „Bild“-Zeitung: „Du betest zu deinem Gott, ich zu meinem. Diesen Unterschied respektiere ich ehrfurchtsvoll. So wie der Papst das jetzt auch in der Moschee in Istanbul gemacht hat.“ Es sei zwar möglich, dass Christen und Muslime zusammen in einem Raum beteten – aber beide Gruppen jeweils für sich.

„Wir Erwachsene können still dabei sein, wenn Muslime in der Moschee beten. Und anschließend sind sie schweigsam neben uns, wenn wir das Vater Unser sprechen.“ Kinder könnten dies in der Regel noch nicht verstehen. „Umso mehr haben Kinder einen Anspruch darauf, ihren Glauben unvermischt kennen zu

lernen. Deswegen soll man Kinder gar nicht in so eine Situation bringen, wo sie das nicht mehr klar unterscheiden können.“

Wir denken nicht, dass die Berufsempörten hiervon zu beeindruckt sind!

(Spürnase: Robin C.)

Update: Während Mitglieder der eigenen Kirche dem Kardinal in den Rücken fallen, kommt [Unterstützung aus der evangelischen Kirche](#).

Der Bischof der evangelisch-lutherischen Landeskirche in Braunschweig, Friedrich Weber, hat die Weisung Meisners gegen Kritik verteidigt. Der Erlass präzisiert, was bei aller Notwendigkeit multireligiöser Integration in der Schule „um der Wahrung der religiösen Identität willen“ nicht überschritten werden dürfe.

Zwangsehen zu Tausenden in der Schweiz

☒ Zu diesem Schluß kommt die Schweizer Stiftung [Surgir](#) nach eigener Recherche. Medien und Politik werden nicht müde, Zwangsehen als Einzelfälle zu deklarieren. Und jemand wie [Claudia Roth warnt vor „Aktionismus“](#) wenn es um die Bewusstmachung dieser bislang völlig unzureichend thematisierten Verbrechen und ihrer kulturellen Ursachen geht. Bei so wenig Aktionismus (und so viel Ignoranz) bedarf es schon der Eigenrecherche, um überhaupt Daten zu gewinnen, die das Ausmaß dieser Verbrechen dennoch [nur erahnen lassen](#).

Für ihre Untersuchung befragte die Stiftung rund 50 Institutionen wie Pflegeheime, Schulen, Migranten-, Frauen oder Aufnahmezentren in den Kantonen Bern, Zürich, Basel, Genf, Freiburg und Waadt.

Dabei wurden mindestens 400 Fälle bekannt, in denen eine junge Frau mit Gewalt zu einer Heirat gezwungen wurde oder mit dieser Absicht stark unter Druck gesetzt worden war. In zwei Fällen waren junge Männer Opfer einer Zwangsheirat. Alleine zwischen Januar 2005 und Mai 2006 wurden den befragten Institutionen 140 neue Fälle bekannt.

Necla Kelek meint, in Deutschland würden etwa die Hälfte der islamischen Ehen zwangsweise geschlossen. Wieviel Zwang nun genau dabei ist, und ab wann man von einer arrangierten Ehe sprechen kann, bei der man gleichfalls keine freie Auswahl des Ehepartners hat, lässt sich nicht genau definieren. Da der Islam jedoch generell sexuelle Selbstbestimmung, besonders bei Frauen als Straftatbestand wertet, und der Koran (4,25) die [Zwangsehe vorschreibt](#), muß man die nicht selbstbestimmte Partnerwahl im Islam als Normalfall annehmen.

„Es handelt sich nur um die Spitze des Eisbergs“, sagte Thiebault. Wenn man die Ergebnisse der Umfrage hochrechne, komme man zum Ergebnis, „dass in der Schweiz Tausende von Frauen Opfer einer Zwangsheirat sind“.

Thiebault sagte weiter, dass sich die Schweiz langsam bewusst werde, was für ein Problem Zwangsehen darstellten. Auslöser war unter anderem ein Gerichtsfall, in dem ein 26 Jahre alter pakistanischer Mann zu 18 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, weil er seine Frau erschlagen hat.

(...) Schläge, Freiheitsberaubung, affektive Erpressung, Einschüchterung, familiärer Druck und im Extremfall Vergewaltigung seien die Mittel, mit denen Frauen zu einer Zwangsheirat genötigt würden, so Surgir. Zudem seien fast alle Opfer mit dem Tod, also einem „Ehrenverbrechen“ bedroht

worden.

Viele der Opfer, die sich getrauten an die Öffentlichkeit zu gehen, sagten denn auch, dass sie mit dem Tod bedroht wurden, wenn sie die erzwungene Ehe nicht vollzögen. Zudem stehen sie in der fremden Umgebung vor zahlreichen Hindernissen: Sprachbarrieren, Trennung von der Familie und Geldmangel, oder es gibt keinen Ort, wo sie hingehen könnten.

Laut Jacqueline Thibault gibt es nur gerade einen Ort in der Schweiz, der sich auf Opfer von Zwangsehen spezialisiert hat: das Frauenhaus in Zürich. „Doch dort hat es lediglich Platz für sieben Frauen.“

Doch leider taucht das I-Wort nicht auf bei dieser Recherche. Auch nicht, wie hoch der Anteil Betroffener aus dem islamischen Kulturkreis ist. So löblich und dringend notwendig das Engagement einer Stiftung wie Surgir auch ist. Kulturelle Zusammenhänge werden nicht erwähnt, sondern abgestritten und rein sozioökonomisch erklärt:

Zwangsheirat sei nicht auf eine bestimmte Weltreligion beschränkt, sagt die Stiftung Surgir.

Gemeinsamkeiten zeigen sich viel eher im Hinblick auf Alter und soziale Herkunft der Opfer. Ein Drittel der im Rahmen der Untersuchung bekannt gewordenen Opfer ist zwischen 13 und 18 Jahren alt, die restlichen zwei Drittel zwischen 18 und 30 Jahren.

Die Opfer stammten, so Surgir, zudem aus sozioökonomisch bescheidenen Verhältnissen. Sie hätten nur eine geringe beziehungsweise gar keine Bildung.

Diese Darstellung ist falsch, und erschwert präventive Maßnahmen erheblich. Richtig ist zwar, daß Zwangsehen auch außerhalb der islamischen Kultur vorkommen, aber weder in dieser starken Verbreitung. Noch mit einem solch strikten

normativen, als Ausdruck tugendhaften Gottesgehorsams idealisierten Hintergrund wie im Islam. In westlichen Kulturen kommen diese Verbrechen allenfalls individuell motiviert zustande. Nicht jedoch mit dem Hintergrund eines gesellschaftlich umfassenden Wertekonsens und zugehöriger Erwartungshaltung.

Um den Opfern auch präventiv zu helfen, ist es notwendig die Kultur des Islam auf seine Forderung nach Zwangsehen kritisch zu analysieren, und eine klare Ablehnung einer solchen Kultur zu formulieren.

Falsch ist weiterhin, daß Zwangsehen nur auf ungebildete Personen und solche mit niedrigem Sozialstatus erstrecken. Motivation für Zwangsehen ist die verinnerlichte Ethik. Zwangsehen finden in islamischen Oberschichten genauso statt, nur fliehen diese Opfer nicht in ein Frauenhaus, da dies für sie zusätzlich einen enormen materiellen Abstieg bedeutet. Und reichen Moslems stehen natürlich weitaus bessere Verfolgungs- und Strafmaßnahmen zur Verfügung, als einfachen anatolischen Bauern.

Vollkommen unlogisch wird die sozioökonomischer Erklärungsvariante schon deshalb, weil z.B. westliche Unterschichten eben nicht auf die Idee kommen Zwangsehen zu arrangieren, bloß weil es ihnen an Bildung und Wohlstand mangelt. Schon daran erkennt man, daß für diese Verbrechen einzig die kulturelle Prägung verantwortlich ist.

Auch in Deutschland sind Zwangsehen unter Moslems üblich, bzw. sehr verbreitet. Selbst dann, wenn diese nicht explizit religiös eingestellt sind. Viel zu verinnerlicht sind islamische Prinzipien, von denen auch säkulare Moslems geprägt und umgeben sind. Absurd übersteigerte Ehrbegriffe, patriarchalischer Besitzanspruch des Mannes über die Frau – das sind Grundmuster islamischer Sozialisation, die auch hier zu Zwangsehen von z.B. 13 Jährigen führen. Nur die Allerwenigsten bringen die Kraft auf, in dem Alter vor ihren

Peinigern (den eigenen Eltern !!) zu fliehen, und jeglichen Kontakt mit ihnen abzubrechen. Darum stellen die in Obhut von Schutzeinrichtungen Geflohenen nur einen winzigen Bruchteil der tatsächlich Verfolgten dar.

Die tragische Schilderung einer Albanerin zum Schluß: Eine ihr bekannte andere Albanerin, in Deutschland mit ihr aufgewachsen, wurde in Albanien zwangsverheiratet. Während der Hochzeitsfeier ging sie an den Kuchentisch, nahm das Messer und erstach sich damit. Von zwei anderen jungen Frauen berichtete mir diese Frau, daß sie sich nachdem sie in Albanien zwangsverheiratet waren, erhängt haben. Von solchen Tragödien erfährt man in unseren Medien so gut wie nichts. Und Moslems, die unter den Repressalien ihrer Kultur leiden, öffnen sich nur selten vertrauensvoll gegenüber Deutschen, weil sie bei diesen viel zu wenig Verständnis erfahren. Die Bereitschaft, dieses Leid als Tatsache zu akzeptieren, ist aufgrund der idealisierten Vorstellungen von der islamischen Kultur viel zu wenig ausgeprägt. Diese verfolgten Menschen, die sogar mit ihren Familien brechen müssen, nur um einer familiär organisierten, eventuell lebenslangen Vergewaltigung zu entgehen, erfahren von sehr vielen Deutschen erschreckende Antisolidarität. Sogar offene Ablehnung, weil sich viele Deutsche ihre multikulturelle Idealwelt nicht gerne durch Berichte aus der Realität kaputt machen lassen wollen. Alles nur Einzelfälle, und „so schlimm werden deine Eltern doch wohl auch nicht sein“.....

Danke auch an [europenews](#)

USA: Keine Visa an Hamas-Mitglieder

☒ Der amerikanische Senat hat ein Gesetz verabschiedet, das die Ausgabe von Visa an Hamas-Mitglieder der palästinensischen Autonomiebehörde verbietet. Das US-Repräsentantenhaus hat am gestrigen Donnerstag das neue Gesetz angenommen. In dem Text wird von der islamo-faschistischen Hamas gefordert, die zwischen Palästinensern und Israel geschlossenen Vereinbarungen anzuerkennen, die Existenz Israels nicht im Frage zu stellen und der Gewalt abzuschwören. Diese Forderungen stellte auch das so genannte Nahost-Quartett aus EU, USA, Russland und Vereinten Nationen. [\(Quelle\)](#)

(Spürnase: Frank R.)